presse

AG Ernährung und Landwirtschaft
AG Wirtschaft und Energie

Menschen auf dem Land nicht aus den Augen verlieren

***Dirk Wiese**, zuständiger Berichterstatter;*
***Frank Junge**, zuständiger Berichterstatter:*

Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt auf dem Land. Dass nun das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung vorschlägt, nur noch Städte zu fördern und dafür strukturschwache Regionen in Ostdeutschland nicht mehr zu fördern, macht fassungslos. Es braucht eine ehrliche Diskussion darüber, was der Wissenschaft und der Politik gesellschaftlicher Zusammenhalt wert ist.

„Dass das Leibniz-Institut eine reine volkswirtschaftliche Analyse Ostdeutschlands unternommen hat, greift viel zu kurz. Wissenschaft muss für alle Menschen in der Gesellschaft Fortschritt ermöglichen und sollte nicht vorschlagen, die Hälfte der Bevölkerung auszuklammern. Dass sogar der Verfassungsauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Frage gestellt wird, macht sprachlos. Damit werden die Potentiale und die Herausforderungen ländlicher Räume ignoriert.

Viele mittelständische ‚hidden champions' haben ihren Sitz in den neuen Bundesländern auf dem Land. Rund die Hälfte der Bruttowertschöpfung sowie gut 50 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kommen aus ländlichen Räumen. Außerdem versorgt vor allem der ländliche Raum Deutschland mit erneuerbaren Energien, die mittlerweile 38 Prozent des deutschen Strommarkts abdecken. Daher werden wir den ländlichen Raum beim Breitband- und Mobilfunkausbau weiter unterstützen. Genau bei diesen Punkten haben wir uns jüngst mit unserem Plenarantrag ‚Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten' gegenüber dem Koalitionspartner durchgesetzt.

Gleichwohl gibt es auch Regionen, die größerer Aufmerksamkeit von Staat und Politik bedürfen. Durch den demografischen Wandel wächst der Bedarf an

Personal bei Pflege und Medizin. Gleichzeitig ziehen junge Menschen aus ländlichen Räumen in die Städte, was dort auch zu Druck auf den Mietmarkt führt. Wo Ärzte, wohnartnahe Schulen und schnelle Internetverbindungen fehlen, da zieht auch kaum jemand hin. Hier muss die Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse' weitere Lösungsansätze liefern."